

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### SED-Gelder nach Hongkong

(spk) Insgesamt 443 Mio Mark aus der Kasse der ehemaligen DDR-Staatspartei SED sowie Gelder dreier weiterer kommunistischer Parteien des früheren Ostblocks sind nach Presseberichten über China auf Konten in der britischen Kronkolonie Hongkong geflossen. Dies berichtet das CSFR-Boulevardblatt «Biesk» in seiner Montagausgabe. Entsprechende Anweisungen habe das sowjetische KGB gegeben.

### Brandt geht es gut

Dem früheren Bundeskanzler und Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale (SI), Willy Brandt, geht es nach Angaben der Ärzte der Universitätsklinik Köln vom Montag «den Umständen entsprechend gut». Der 78 Jahre alte Politiker war am Freitag sieben Monate nach einer ersten Krebsoperation erneut am Darm operiert worden.

### Millionen gegen Terror

Mit bis zu 4 Mio Dollar für die Ergreifung von Terroristen oder die Verhinderung von Anschlägen gegen amerikanische Einrichtungen fordern die USA derzeit die Araber zur Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung auf. In der Tageszeitung «Al Hayat» boten am Montag Flugesellschaften «in Zusammenarbeit mit dem Ausseministerium «Regierungen oder Bürgern» hohe Belohnungen an, die Hinweise auf Terroristen und ihre Aktivitäten geben.

## Abfall vermeiden durch landesweite Einführung des Verursacherprinzips

Gemeinsames Vorgehen der Gemeinden bei der Erstellung der Abfallreglemente – Informationskampagne «Abfallentsorgung»

(M.) – Im Gleichschritt dem Abfallberg den Kampf angesagt haben die Gemeinde- sowie die Landesbehörden. Über das gemeinsame Vorgehen der Gemeinden bei der Erstellung der Abfallreglemente sowie die Durchführung einer von Land und Gemeinden getragenen Informationskampagne zum Thema «Abfall» orientierten gestern in Vaduz Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, zuständig für das Ressort Umwelt, der Vaduzer Bürgermeister Arthur Konrad als Vorsitzender der Vorsteherkonferenz sowie Theo Kindle, Leiter des Amtes für Gewässerschutz.

Wer Abfall reduzieren will, der muss zuerst über die verschiedenen Möglichkeiten der Abfallentsorgung informiert werden. Als Beitrag hierzu bezeichnete Dr. Herbert Wille die gestrige Medienorientierung. Die Regierung hat in ihrem Bericht vom 24. Oktober 1991 zuhanden des Landtags betreffend einem Landtagspostulat punkto Durchsetzung des Verursacherprinzips in unserer Umweltgesetzgebung festgehalten, dass im Bereich der Abfallentsorgung noch ein Handlungsbedarf besteht. Dem im vergangenen Jahr erlassenen Leitbild liegt der Grundgedanke zugrunde, dass das Land und die Gemeinden die Bevölkerung über die Möglichkeiten des Reduzierens und Vermeidens von Abfall informieren müssen. Um bezüglich Information vorwärts zu kommen, hat die Regierung denn auch eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich unter dem Vorsitz von Amtsleiter Theo Kindle über die verschiedenen Möglichkeiten der Information Gedanken machen sollte. In der breit abgestützten Arbeitsgruppe sind unter anderem auch die Schulen, die Industrie, die Gemeinden sowie die



Theo Kindle, Leiter des Amtes für Gewässerschutz, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille als Inhaber des Ressorts Umwelt sowie der Vaduzer Bürgermeister Arthur Konrad als Vorsitzender der Vorsteherkonferenz (v. l. n. r.) orientierten gestern in Vaduz über die Abfallentsorgung in unserem Land. (Bild: bs)

Umweltorganisationen vertreten. Wie Dr. Wille ausführte, soll die Bevölkerung einerseits vor allem durch Beiträge in den Landeszeitungen und andererseits durch eine grosse Informationskampagne an der LIHGA 92, für welche unser Land das komplette Infomaterial des BUWAL in Bern übernehmen kann, orientiert werden.

### Einheitliche Abfallgebühren

Wie Bürgermeister Arthur Konrad ausführte, hat die Vorsteherkonferenz am 7. Januar 1992 nach langwierigen Verhandlungen einen Antrag an die Gemeinden gestellt, um einheitliche und verursachergerechte Abfallgebühren im ganzen Land einzuführen. Das Verursacherprin-

zip (Sackgebühren, Gebührenmarken für Container) ist heute nur noch in Vaduz, Balzers und Triesenberg nicht verwirklicht. Es sind dies auch die Gemeinden mit dem höchsten Anfall an Hauskehricht. Den Spitzenwert registrierte man 1991 in Vaduz mit 125,9 kg Hauskehricht pro Einwohner. Am anderen Ende der Tabelle steht Planken, wo mit 36,4 kg pro Einwohner nicht einmal ein Drittel des Vaduzer Wertes zu verzeichnen ist. Der immense Unterschied ist gemäss Bürgermeister Arthur Konrad zum Teil auch mit dem Phänomen «Abfalltourismus» zu erklären. Gerade Pendlers mit Arbeitsplatz Vaduz benötigen offenbar die Residenz als Abfallplatz, um in der eigenen Gemeinde Kehrichtsackgebühren zu sparen.

Mit den einheitlichen Gebühren, die per 1. Januar 1994 eingeführt werden sollen, sollte das leidige Problem des «Abfalltourismus» ausgeräumt sein.

### Ein Schritt nach vorn

Amtsleiter Theo Kindle nannte den Beschluss der Gemeinden betreffend der einheitlichen Gebühren einen wichtigen Schritt nach vorn: «Die Gemeinsamkeit wird uns in der Lösung des Abfallproblems wesentlich nach vorne bringen».

Momentan gehe es nicht um die Einrichtung neuer Infrastrukturen, da die bestehenden gut sind, sondern um das Vermeiden und Vermindern von Abfall. Das neue Konzept der Arbeitsgruppe sieht denn auch vor, dass die Landes- und Gemeindebehörden hinsichtlich eines möglichst umweltgerechten Verwaltungsbetriebes alleis eine Vorbildfunktion ausüben sollen.

Theo Kindle äusserte sich sehr zuversichtlich, dass sich der Kehrichtberg inskünftig in erträglichem Rahmen halten lässt. In allen Gemeinden des Landes gibt es inzwischen nämlich die verschiedensten Altstoff-Sammelstellen, wo beispielsweise Papier, Glas, Metalle und Grünabfuhr gratis entsorgt werden können. Wer also inskünftig auf eine umweltgerechte Abfalltrennung achtet, der kann sich einen schönen Teil der Sackgebühren sparen. Nachdem die Kurve des in die Verbrennungsanlage gelieferten Hauskehrichts aus unserem Land trotz gestiegener Einwohnerzahl inzwischen rückläufig ist, darf man gemäss Theo Kindle für die Zukunft weiter zuversichtlich sein, den Abfallberg in vertretbaren Grenzen zu halten.

## Höhere Fiskalabgaben an den Staat erhöhten Gemeinden-Finanzausgleich

Die elf liechtensteinischen Gemeinden erhielten gesamthaft rund 2,9 Mio. Franken mehr aus dem staatlichen Finanzausgleich im letzten Jahr

(G.M.) – Seit Jahren versucht die Regierung, mit Detailänderungen am Finanzausgleichssystem zwischen Staat und Gemeinden eine Stabilisierung der staatlichen Ausgleichszahlungen zu erreichen. Nach dem Rechenschaftsbericht 1991 der Regierung ist diesem Vorhaben auch im vergangenen Jahr nur ein teilweiser Erfolg beschieden gewesen, denn die elf Gemeinden erhielten über den Finanzausgleich 2,9 Mio. Franken mehr als im Vorjahr und 5,3 Mio. Franken mehr als im Budget 1991 vorgesehen. Die Regierung kündigte an, das «System des Finanzausgleichs in kurzen Intervallen den wechselnden Bedürfnissen anzupassen.»

Über das System des Finanzausgleichs erhalten die Gemeinden gesetzlich festgelegte Anteile an den vom Staat vereinnahmten Steuer- und Gebührenträgen. Der Zweck des Finanzausgleichs besteht darin, die unterschiedliche Finanzkraft zwischen dem Land und den Gemeinden aufgabengerecht auszugleichen und andererseits auch die stark abweichende Ergiebigkeit der kommunalen Finanzierungsquellen dem Mittelbedarf der einzelnen Gemeinden anzupassen, unterstreicht die Regierung im neuesten Rechenschaftsbericht.

### 58,8 Mio. Franken Finanzausgleich

Im vergangenen Jahr beliefen sich die staatlichen Finanzausgleichszahlungen, die ohne Zweckbindung ausgerichtet wurden, auf 58,8 Mio. Franken. Im Vergleich zum Vorjahr mit 55,9 Mio. Franken liegt der Gesamtfinanzausgleich um 5,3 Mio. Franken höher, während der Vergleich mit den niedrigeren Limiten im Budget 1991 eine Ausweitung um 2,9 Mio. Franken erbringt. Die Budgetabweichung beläuft sich damit auf 9,9 Prozent, was die Regierung in ihrem Rechenschaftsbericht zur Erklärung veranlasst, die Finanzausgleichszahlungen an die Gemeinden hätten sich deutlicher erhöht als die Steuer- und Abgabenerträge des Staates, die lediglich um 4,3 Prozent über den budgetierten Vorstellungen liegen.

### Benachteiligung des Staatshaushaltes

Nach Auffassung der Regierung führt dieser unterschiedliche Wachstumsverlauf zu einer strukturellen Benachteiligung des staatlichen Haushalts, denn allein 1991 flossen nahezu die Hälfte der Mehreinnahmen aus den Steuer- und Abgabenerträgen den Gemeinden zu. Längerfristig, kommentiert die Regierung diese Situation weiter, sei aufgrund dieser Situation ein Zuteilungs- und Verbundmodell anzustreben, das eine gleichmässige Beteiligung an allfälligen Mehrträgen für Land und Gemeinden sicherstelle. Die im Vergleich zu den Landeserträgen überdurchschnittlichen Wachstumsraten der Gemeinden rührt vom System des Finanzausgleichs her, das den Gemeinden die Hälfte der Kapital- und Ertragssteuer, einen Anteil von zwei Dritteln an der Grundstückgewinnsteuer sowie einen Anteil von 15 Prozent an den übrigen Landessteuern zuteilt. Die Gemeinden hatten in den letzten Jahren jeweils das Glück, dass die Steuern, an denen sie mit höheren Anteilen partizi-

pieren, eine höhere Ergiebigkeit als die übrigen Steuereinnahmen aufwiesen.

### Umverteilungsvolumen von 3 Mio. Fr.

An der von der Regierung beklagten Situation änderte vorerst die im vergangenen Jahr beschlossene Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes wenig. Diese Revision hatte vor allem zum Ziel, eine Mittelverteilung von rund 3 Mio. Franken von den finanzstärkeren auf die finanzschwächeren Gemeinden zu verwirklichen. Nach dieser Änderung erhielten die drei Berggemeinden Triesenberg, Planken und Schellenberg sowie die beiden einwohnerschwachen Talgemeinden Gamprin und Ruggell höhere Zuteilungsquoten. Die Umverteilung ging vor allem auf Kosten von Vaduz, das knapp 1,5 Mio. Franken weniger aus dem Finanzausgleich erhielt, und von Schaan mit einer Reduktion von 850 000 Franken.

### Kein Finanzausgleich

Ferner wurde im vergangenen Jahr beschlossen, Gemeinden mit hohen Reser-

vekaptialen von der Zuteilung des Finanzausgleichs teilweise auszuschliessen. Es könne nicht Aufgabe des Finanzausgleichs sein, hatte die Regierung argumentiert, «einzelnen Gemeinden über Jahre hinweg finanzielle Zuweisungen auszurichten, welche für die Erfüllung der Aufgaben nicht benötigt, sondern zur Bildung überdurchschnittlicher Reserven verwendet werden».

Auch gegenüber Gemeinden, die ihren Steuerfuss unter das heute übliche Niveau von 200 Prozent der Landessteuern senken, sprach sich die Regierung für die Kürzung der Finanzausgleichszahlungen aus. Eine Gemeinde, die den Steuerzuschlag senke, argumentierte die Regierung, bekenne damit einen «geringeren Finanzbedarf für die Erfüllung der übertragenen Aufgaben», womit die Notwendigkeit der Gewährung von staatlichen Finanzausgleichszahlungen entfallende. Vorläufig verfügt nur die Gemeinde Schaan über einen niedrigeren Steuerzuschlag, der aufgrund einer Volksinitiative gesenkt werden musste.

## Mehr Arbeitslose in Vorarlberg

(pdg) – Die offenen Grenzen zur Ostschweiz und zum Fürstentum Liechtenstein bringen auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Vorarlberg mit sich. Wirtschaftliche Entwicklungen in einem Land haben über die Beschäftigungssituation unmittelbare Auswirkungen auf den Nachbarn. Diese Veränderungen spüren die Unternehmen vor allem beim Facharbeitereinsatz. So war beispielsweise in den vergangenen Monaten eine deutlich registrierte Rückwanderung von Grenzgängern nach Vorarlberg zu verzeichnen. Die Statistiker der Arbeitsmarktverwaltung allerdings sehen sich Ende April mit anderen Problemen konfrontiert. Insgesamt 5651 Arbeitslose oder 4,2 Prozent der Beschäftigungsquote wurden registriert und nur das späte Wintersemester verhinderte noch höhere Zahlen.

Die Steigerung der Arbeitslosenquote vom März auf April betrug 3,4 auf 4,2 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr ist dieser Wert unverändert.

## Zweites ÖBB-Gleis: Bahn leistungsfähiger

«Buchserlinie» teilweise entlastet – Neuer Schattenburg-Tunnel

(pdg) – Am Montag war Premiere für den offiziellen Betrieb einer neuen Linieneinführung der ÖBB von Feldkirch nach Frastanz. An diesem Tag wurde der neue Schattenburg-Tunnel offiziell in Betrieb genommen und der zweigleisige Betrieb von Feldkirch bis Nenzing aufgenommen. Nun fehlt noch der Abschnitt bis Bludenz, um insbesondere den Güterverkehr parallel zum internationalen Personenverkehr leistungsfähiger abzuwickeln. Die Einführung des Taktverkehrs auf der gesamten Westbahnstrecke von Bregenz bis Wien und insbesondere eine enorme Steigerung des Regionalverkehrs vor zwei Jahren führte zu extremen Verkehrsspitzen.

Die Bauzeit der Neubaustrecke betrug rund drei Jahre. Der neue Tunnel bringt

Vorteile vor allem für den West-Ost-Verkehr von der Schweiz (Buchs) in Richtung Ost-Österreich aus. Wie notwendig diese Neubaustrecke ist, beweist die Frequenz auf dieser Strecke. Zwischen Feldkirch-Bludenz verkehren an Spitzentagen bis zu 150 Züge, ein gewichtiger Teil davon kommt aus Buchs und dem Schweizer Eisenbahnnetz. Schon bei etwa 90 Zügen pro Tag ist die Belastung für eingleisige Strecken erreicht, so dass diese überdurchschnittliche Frequenz an das Personal enorme Anforderungen stellt, um die Sicherheit von Fahrgästen und Warentransporten zu gewährleisten.

Der neue Schattenburg-Tunnel ist etwa mehr als 900 Meter lang und löst den bisherigen eingleisigen Tunnel nach fast genau 120 Jahren Betrieb ab.

## «EG-Beitritt Sache des Verstandes»

Bundesrat Ogi eröffnet St. Galler Management-Gespräch

St. Gallen (spk) Über einen EG-Beitritt der Schweiz dürfen laut Bundesrat Adolf Ogi nicht «Urängste» entscheiden. Die Angelegenheit müsse vielmehr eine Sache des Verstandes sein. Bei der Schaffung des weltweit grössten Wirtschaftsraumes in ihrer Nachbarschaft dürfe die Schweiz nicht abseits stehen.

Bundesrat Ogi betonte anlässlich der Eröffnung des 22. Management-Gesprächs an der Hochschule St. Gallen, dass auf der ganzen Welt neue Wirtschaftsräume entstehen. Europa spiele dabei eine Führungsrolle. Diese Entwicklung müsse auch für die Schweiz Konsequenzen haben. Die Schweiz sei von guten internationalen Beziehungen abhängig wie kaum ein zweites Land, sagte der

Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements an der Eröffnung des Symposiums am Montag vor-mittag.

Die Grösse des Landes sei mit Blick auf die Einflussmöglichkeiten in den EG-Gremien nicht entscheidend. Er könne aus eigener Erfahrung belegen, dass Ideen, Argumente und Engagement am Verhandlungstisch entscheidender seien als Grösse, sagte Ogi. Die Schweiz mit ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt stelle ein «Europa im Kleinen» dar. Von den Schweizer Erfahrungen in diesem Bereich könne ganz Europa lernen.

Die heute in der Schweiz geltenden Prinzipien des Föderalismus und der Subsidiarität müssen gemäss Ogi wichtige Grundlagen für das neue Europa sein.